



## Antrag

Fraktionen CDU und SPD

### Die Energiewende verlässlich und gerecht weiter gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass das Gelingen der Energiewende für Sachsen-Anhalt von größter Bedeutung ist. Sachsen-Anhalt ist, was die Produktion erneuerbarer Energien anbelangt deutschlandweit Vorreiter. Schon heute wird über 40 % der Nettostromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen abgedeckt. Diesen Weg gilt es weiter zu beschreiten.

Gleichzeitig ist der letztendliche Erfolg der Energiewende vom Einhalten des energiepolitischen Zieldreiecks aus Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit, von einer gerechten Kostenverteilung und letztendlich von der gesellschaftlichen Akzeptanz abhängig.

Dabei spielt die Braunkohle in unserem Bundesland eine wichtige Rolle. Neben der Sicherung der Grundlastfähigkeit unserer Energieproduktion und damit der Sicherstellung der Energieversorgung unserer Industrie, ist die Braunkohleindustrie selbst strukturprägend für Sachsen-Anhalt, schafft und sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Dabei hat die Braunkohleindustrie bereits seit den 1990ern einen enormen Strukturwandel hinter sich gebracht.

Der Landtag bittet die Landesregierung:

1. sich auf Bundesebene für einen verlässlichen Planungshorizont für Kraftwerksbetreiber einzusetzen. Eine zusätzliche Klimaschutzabgabe nach Vorschlägen des Bundeswirtschaftsministeriums für bestehende Kohlekraftwerke ist kategorisch abzulehnen;
2. sich für einen Netzausbau ohne zusätzliche Mehrbelastungen für die neuen Bundesländer einzusetzen. Angesichts der Investitionen in das ostdeutsche Stromnetz in den zurückliegenden 25 Jahren wurden Verbraucher und Wirtschaft bereits durch höhere Kosten belastet.

(Ausgegeben am 16.04.2015)

## **Begründung**

Das Bundeswirtschaftsministerium hat im Rahmen eines Eckpunkteapiers zur Zukunft des deutschen Strommarktes eine nationale Klimaschutzabgabe festgeschrieben. Um die deutschen Klimaziele einzuhalten, soll bis zum Jahr 2020 eine zusätzliche Abgabe für Kraftwerke, die älter als 20 Jahre sind, eingefordert werden. Dies würde zahlreiche in Mitteldeutschland betriebene Kohlekraftwerke unrentabel machen. Zusätzlich wären hunderte Arbeitsplätze in der Braunkohlenförderung in Gefahr, da die Gruben neben der stofflichen Verwertung vornehmlich Kraftwerkskohle zur Verstromung und für das Fernwärmenetz abbauen. Weiterhin sind die Kohlekraftwerke Sachsen-Anhalts ein wichtiger Bestandteil eines breit aufgestellten Energiemixes und zur Grundlastsicherung der Energiewende unverzichtbar.

Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD sprechen sich gegen eine zusätzliche Klimaschutzabgabe aus, weil dies einen schweren Eingriff in die Eigentumsrechte der Unternehmen darstellt und massiv die Investitionssicherheit des Energiestandortes Sachsen-Anhalt gefährdet. Die geplanten Regelungen gehen einseitig zulasten einer Energieart und bauen ein bürokratisches Parallelsystem zum EU-Emissionshandel auf. Die neuen Bundesländer tragen durch den Ausbau regenerativer Energien bereits überproportional zur CO<sub>2</sub>-Minderung bei. Durch die nach der Wende erfolgte Stilllegung tausender DDR-Betriebe und Altanlagen hat es in den zurückliegenden Jahren eine signifikante Absenkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes gegeben, von dem ganz Deutschland profitiert. Eine weitere Benachteiligung der neuen Bundesländer mit einhergehenden Arbeitsplatzverlusten wäre inakzeptabel.

André Schröder  
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde  
Fraktionsvorsitzende SPD